

6. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 30. Oktober 1959

46/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a h n e r t, Dr.G r e d l e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend den wahren Grund des Nichtbeitritts Österreichs zur Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft.

- - - - -

Während weite Kreise der österreichischen Wirtschaft und auch der Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung nachdrücklich in Wort und Schrift für den ehesten Beitritt Österreichs zur EWG. eintreten, hat die Bundesregierung wiederholt erklärt, dass dies aus verschiedenen Ursachen - der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auf die dadurch zu befürchtende Beeinträchtigung des Handels mit den kommunistischen Staaten hin - nicht möglich sei. Laut einer Ausserung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten bei einem öffentlichen Vortrag über Grundfragen der österreichischen Aussenpolitik am 21.d.M. im Innsbrucker Stadtsaal aber gibt es Gründe, die nur der Bundesregierung bekannt sind und die einen Beitritt zur EWG. verhindern.

Da es sich um eine Lebensfrage Österreichs handelt, hat die Öffentlichkeit ein Recht, alle Gründe, die für oder gegen eine Integration der europäischen Wirtschaft im obigen Sinne sprechen, kennenzulernen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dem Nationalrat über die Gründe, die bisher den Nichtbeitritt Österreichs zur EWG. verhindert haben, rückhaltlosen Aufschluss zu geben?

- - - - -